
Herkunft – Ankunft – Zukunft

Denkwerkstatt 12: Politik und gesellschaftliche Partizipation

10. Dezember 2019, Schader-Forum, Darmstadt

Protokoll und Bericht: Dennis Weis und Luca Müller



Die Reihe Denkwerkstatt Herkunft-Ankunft-Zukunft wurde initiiert durch die Beiratsmitglieder des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt (ISASP / h_da).

Inhalt

| | |
|---|---|
| Einleitung | 3 |
| Deutschland als Migrationsgesellschaft | 3 |
| Der Begriff „Integration“ als Repressionsmittel | 4 |
| Wie wirken sich migrantische Selbstorganisation auf Partizipation aus? | 5 |
| Resümee | 7 |

Einleitung

Thema der zwölften Denkwerkstatt „Herkunft-Ankunft-Zukunft“ am 10. Dezember 2019 war der Themenkomplex „Politik und gesellschaftliche Partizipation“. Wie gewöhnlich sollte Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Sektoren die Möglichkeit zur Vernetzung und nicht zuletzt zum Austausch ihrer Erfahrungen zur politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiographie geboten werden. Impulsbeiträge sorgten hierbei für nötige Denkanstöße, die in einer anschließenden Diskussionsrunde gemeinsam besprochen wurden.

Die vorherige Denkwerkstatt der Reihe befasste sich mit dem Thema „Stadtentwicklung“. Ankunftsräume sind Bedingung für gelingende Integration, darüber waren sich die Teilnehmenden der Denkwerkstatt weitgehend einig. Die genaue Gestaltung solcher Räume bleibt umstritten. So sollen sie angemessenen Wohnraum bieten, durch niedrigschwellige Angebote zugänglich sein und die Option für geregelte Arbeitsverhältnisse für Geflüchtete und Migranten bieten. Alle Aspekte, die als Grundlage für gesellschaftliche Partizipation zu betrachten sind. Die Entwicklung von Lebenskultur innerhalb dieser Räume findet im Idealfall organisch und individuell statt. Dazu sind städtebauliche Konzepte essentiell, um die genannten Faktoren bereits in der Planung zu berücksichtigen. Denn nur so können Geflüchtete langfristig in den dezentralen Wohnungsmarkt integriert werden und ihnen so Teilhabe an Angeboten des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht werden, so das Resümee der Denkwerkstatt. Dazu ist eine starke kommunale politische Arbeit für Zuwanderung und Deutschlands Status als Einwanderungsland nötig. Gleichzeitig kann keine einheitliche Schablone für alle Kommunen und Städte erstellt werden. Deshalb erscheinen Konzepte wie jenes der „Arrival City“, das in der elften Denkwerkstatt vorgestellt wurde, solange sie in der Praxis flexibel gehandhabt werden.

Die Definition Deutschlands als Einwanderungsland spielt auch in der zwölften Denkwerkstatt eine übergreifende Rolle, allerdings weniger hinsichtlich der räumlichen Integration von Menschen mit Migrationsbiografie, sondern mit Blick auf die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. Gleichberechtigte politische Mitbestimmung stellt als potenzieller Katalysator von Integration ein zentrales Ziel integrationspolitischer Bemühungen dar. Viele Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, verfügen nicht über die politischen Möglichkeiten, an der Mitgestaltung auf kommunaler wie auf Landes- und Bundesebene mitzuwirken. Wer kann sich abseits des klassischen Wahlrechts dennoch Gehör verschaffen und welche Rolle spielen dabei Migrantenselbstorganisationen?

Deutschland als Migrationsgesellschaft

Dr. Irini Siouti vom Institut für Sozialforschung der Goethe-Universität Frankfurt reflektiert dazu in ihrem Impulsbeitrag über politische Beteiligung von Menschen mit Migrationsbiographie und die Faktoren, die diese beeinflussen. Dazu hält Irini Siouti zunächst ganz grundsätzlich fest, dass jeder oder jede vierte Deutsche mit der Zuschreibung „Migrationshintergrund“ belegt werden kann, d.h. entweder mit einer eigenen oder historisch-familiären Migrationsgeschichte ausgestattet ist. Das macht die Forschung zu diesem Thema vor allem aus demokratietheoretischer Sicht spannend. Das Engagement von Menschen mit Migrationsbiographie zeigt sich unterschiedlich, wobei es anteilig zur Gesamtbevölkerung gering ausfällt. Ganz gleich ob bei Wahlen, der Vertretung in

Parlamenten (im Deutschen Bundestag haben nur ca. 8% der Abgeordneten einen sogenannten Migrationshintergrund) oder der Mitgliedschaft in einer Partei sind daher Menschen mit Migrationsbiographie unterrepräsentiert. Zurückführen, so die Wissenschaftlerin, ist dies zunächst auf die fehlende deutsche Staatsbürgerschaft von Menschen mit Migrationsbiographie. Außerdem so die Referentin weiter, gibt es bisher wenige systematische qualitative oder quantitative Studien, die politische Partizipation von Menschen mit Migrationsbiographie erfassen. In der Forschung taucht zunächst einmal die Grundfrage nach Begrifflichkeiten auf. Was bedeutet überhaupt Migrationshintergrund? Migrationserfahrungen sind sehr individuell und ein Subsumieren unter diesem Begriff vernachlässigt viele Facetten der Diversität. Denn die eine Gruppe der „Menschen mit Migrationshintergrund“ existiert nicht, hält Irini Siouti fest, eine Untersuchung eines homogenen Forschungsgegenstandes wird somit schwierig, es ist von Heterogenität auszugehen. Daraus resultiert die Problematik bei der Konzeptualisierung in Forschungsvorhaben, heterogene Gruppen differenziert zu betrachten, insbesondere auch im Hinblick auf politische Beteiligung in Migrantenselbstorganisationen. Zu fragen ist also: Wie wirken sich Besonderheiten rund um Migrantenselbstorganisationen aus? Sind sie Integrationshemmnis oder werden sie als Chance begriffen, sich Gehör zu verschaffen? Irini Siouti beschreibt in diesem Gebiet verschiedene Voraussetzungen, denn auch hier muss die Diversität zwischen den verschiedenen Ausprägungen der jeweiligen Organisation Berücksichtigung finden. Herkunft, Geschlecht, Religion und weitere Merkmale führen dazu, dass kein einheitliches Modell zu Erfassung politischer Partizipation passgenau für alle Arten von Migrantenselbstorganisation gefunden werden kann. Die Wissenschaft steht an dieser Stelle vor der großen Herausforderung, komplexe Organisationsstrukturen und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Mitwirkung erst erkennen zu müssen, bevor sie zum Gegenstand eigener Studien herangezogen werden können.

Darüber hinaus stellt Irini Siouti aktuelle Studien vor, die sich mit der Nachfolgeneration von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern auseinandersetzen oder sich mit der Auswirkung von Diskriminierung auf den eigenen Partizipationswillen beschäftigen. Warum partizipieren viele gut ausgebildete Menschen in der zweiten Migrationsgeneration oftmals nicht in Deutschland, sondern im Herkunftsland? Wirkt Diskriminierungserfahrung bei jungen Migrantinnen und Migranten als Partizipationshemmnis? Viele Menschen mit Migrationsbiographie, so die Untersuchung, sehen darin kein direktes Hemmnis, sondern ziehen vielmehr Motivation daraus, ihren politischen Willen zu artikulieren.

Der Begriff „Integration“ als Repressionsmittel

Koray Yilmaz-Günay, Mitarbeiter im Flüchtlingsrat Brandenburg, sieht in Migrantenselbstorganisationen den Schlüssel zur Untersuchung politischer Partizipation von Menschen mit Migrationsbiographie. Als Mitglied des Flüchtlingsrats spricht er in seinem Impuls über einen praktischen Ansatz in der Interessenartikulation und eigene Erfahrungen aus langjährigen Tätigkeiten in verschiedenen Organisationen.

In den Blickpunkt des Integrationspraktikers rücken zunächst der historische Abriss und die persönlichen Erfahrungen der jungen Bundesrepublik. Rassismus und Gewalt gegenüber Menschen mit Migrationsbiografie, so Koray Yilmaz-Günay, gehören ebenso zur deutschen Vergangenheit, wie die hohe Arbeitslosigkeit, mit der Deutschland nach der Wiedervereinigung konfrontiert war. Ein nennenswerter Teil der Gruppe plötzlich Arbeitsloser kam aus dem migrantischen Millieu, nachdem diese Bevölkerungsgruppen

zunächst lediglich aufgrund des prosperierenden Arbeitsmarktes nach Deutschland geholt worden waren. Er beschreibt den Begriff „Integration“ in diesem Zusammenhang als einen, der zwischen den Zeilen auf mögliche Repressionen hinweist, wenn vorgegebene Ziele nicht erreicht werden. Erfolg in den Integrationsbemühungen wird somit zum Repressionsinstrument. Damit ist nicht nur die Arbeitsmarktintegration gemeint, sondern auch die verschiedenen „Integrations-Konjunkturen“, die den Begriff in den darauf folgenden Jahren prägten. So entsteht ein dauerhaftes Gefühl des „Wir und die Anderen“, das weiterhin als Distinktion zwischen Menschen verschiedener Herkunft dient. Koray Yilmaz-Günay beschreibt diese Faktoren, attestiert Deutschland jedoch gleichzeitig eine jahrhundertelange Tradition der Heterogenität und der Multikulturalität und bestätigt somit den Status Deutschlands als Einwanderungsland. Auf dieser Basis fordert der Referent politische Teilhabe für Zugewanderte ein. Der über Generationen andauernde Prozess verlangt zudem eine Vereinfachung der Teilhabebarrrieren, um Ankommenden zeitnah Partizipationsmöglichkeiten zu bieten.

Im Weiteren erläutert der Referent die Entstehung von Migrantenselbstorganisationen. Die einstige Bedeutung skizziert er durch starken Zuwachs mit dem Einsetzen des erstmaligen Arbeitsplatzverlustes von Zugewanderten. Die Möglichkeit der eigenen Interessenartikulation bedeutet somit einen Zuwachs an sozialer Bedeutung für viele Menschen mit Migrationsbiografie. Koray Yilmaz-Günay betont die Diversität der verschiedenen Organisationen und dadurch ihr Gewicht für die kollektive Willensbildung einzelner Interessen, die innerhalb einer Migrantenselbstorganisation auf den gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Zwischen Migrantenselbstorganisationen müssen dabei zuerst grundlegende Hürden beseitigt werden, bevor gemeinsame, übergeordnete Ziele formuliert werden können. Gegensätzliche Präferenzen stehen vielerorts in Zusammenhang mit Konflikten, die Akteurinnen und Akteure über die Grenzen ihrer ehemaligen Heimat hinweg austragen. Fragen nach Jugend, Kultur, Bildung, Stadtplanung und weiteren Anliegen stehen nicht unmittelbar im Mittelpunkt der Debatten. Die Formulierung gemeinsamer Ziele, das zeigt sich aktuell, bleibt allerdings essenziell, um Teilhabe an politischen Prozessen auf genau diesen Gebieten gewährleisten zu können.

Wie wirken sich migrantische Selbstorganisationen auf Partizipation aus?

Die Diskussion unter den Teilnehmenden wird mit der Frage eingeleitet, wie sich Migrantenselbstorganisation auf politische Partizipation auswirkt. Die Diskutierenden suchen dabei in aufeinanderfolgenden Wortbeiträgen nach dem verbindenden Element zwischen solchen Organisationen. Das Bedürfnis nach Interessendefinition steht für alle Akteurinnen und Akteure aus dem Spektrum der öffentlichen Interessensbildung im Vordergrund. Migrantengruppen konkurrieren an dieser Stelle oftmals miteinander, obwohl eigene Interessen weniger stark von jenen anderer Gruppen divergieren. Darüber hinaus, so eine weitere Diskutantin, findet eine Hierarchisierung zwischen verschiedenen Migrantenselbstorganisationen statt, was eine gemeinsame Interesseformulierung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft zusätzlich erschwert. Migrantenselbstorganisationen verfügen zwar über das Potenzial, positiv auf politische Partizipation einzuwirken, welches jedoch an verschiedene Konditionen geknüpft ist. Einerseits stellen institutionelle Mechanismen eine Hürde dar. Ein Mangel an niedrigschwelligen Angeboten, wie einfache Sprache oder die Möglichkeit, Formulare und Anträge in Fremdsprachen auszufüllen, bezieht sich vor allem auf Ämter und Behörden. Andererseits erschweren pfadabhängige Rahmenbedingungen, also

strukturelle Merkmale über Jahrzehnte bzw. Generationen hinweg Partizipationsoptionen für Menschen mit Migrationsbiographie. Historische Pfadabhängigkeit erweist sich als hartnäckiges Hindernis in der Eröffnung von neuen Teilhabestrukturen. Interkultureller Austausch und gemeinsame Zielformulierung sind weitere Hürden, die es zu überwinden gilt. Auch die Subsumierung unter dem Begriff der Migrantin und des Migranten stellt eine Barriere dar. Im Bündeln von Ressourcen und vor allem im Errichten von weitgreifenden Netzwerken bestehen Chancen, zumindest Grundbedingungen für gesellschaftliche Partizipation von verschiedenen Menschen mit Migrationsbiographie zu schaffen und sichern.

Des Weiteren wird im Anschluss die Akteursrolle von Menschen mit Migrationsbiographie, ganz besonders im Hinblick auf ihre Teilhabe und die Bekleidung von öffentlichen Ämtern und Positionen, diskutiert. So führt einer der Teilnehmenden an, wie sich Teilhabe von Menschen mit Migrationsbiographie, die Mitglied von Migrantenselbstorganisationen sind, auf bestimmte Entwicklungen auswirken kann. Zunächst weist er darauf hin, dass durch klare Interessenformulierung meinungsstarker oder ressourcenreicher Organisationen durchaus Einflussmöglichkeiten entstehen. Ganz elementar ist dabei die Bedeutung des Begriffs „Ressource“, der keinesfalls nur mit finanziellen Mitteln gleichzusetzen ist. Ein zentraler Aspekt der Diskussion zur erfolgreichen Interessenvertretung von Migrantenselbstorganisationen ist der Faktor Zeit, unabhängig von der Gesamtdauer, die Organisationen einem Interesse schon in der Vergangenheit gewidmet haben oder der alltäglichen Dauer der Arbeit, die einer Interessenartikulation gewidmet werden kann. Dies gilt allerdings vorrangig für organisierte Interessensgruppierungen. Auf individueller Ebene wird aus dem Kreis der Diskutierenden jedoch auf die klassische politische Laufbahn hingewiesen, um der eigenen Stimme effektiv Gehör zu verschaffen. Eigene Präferenzen in einem politischen System als Außenstehender durchzusetzen, verbraucht ungemein mehr Ressourcen, als ein Teil jenes Systems zu sein und als Experte innerhalb der vorgegebenen Rahmen zu wirken. Als Beispiel wird der syrischstämmige Planungsdezernent der Stadt Frankfurt am Main, Mike Josef, genannt, der gleichzeitig SPD-Vorsitzender der Mainmetropole ist.

Ein weiteres Thema erkennen die Anwesenden in der Analyse der Zukunftsperspektive von Migrantenselbstorganisationen. Was wird aus diesen Gruppen, sobald sie ihre Ziele, ganz gleich ob hinsichtlich politischer Teilhabe oder anderer Interessen, erreicht haben? Beschriebene Missstände verdeutlichen die Notwendigkeit, mit der sich Menschen in Migrantenselbstorganisationen engagieren, vor allem für Menschen, deren Stimme sonst noch weniger wahrgenommen würde. Die Impulsgeberin Irini Siouti erläutert dazu, dass sich Migrantenselbstorganisationen im Wandlungsprozess befinden. Neben Themen der politischen Teilhabe rücken zunehmend auch zentrale soziale Themen in das Blickfeld, Digitalisierung oder Jugendarbeit, um nur zwei aktuelle Herausforderungen zu nennen. Die Wissenschaftlerin sieht Migrantenselbstorganisationen nicht als Auslaufmodell, dass mit Erreichen eines Ziels endet, sondern vielmehr als eine Anlaufstelle für interkulturellen Austausch. Die Frage nach der Zukunft von Migrantenselbstorganisationen, wenn diese das Ziel politischer Teilhabe erreicht haben, ist der Referentin zu einseitig. Konsequente interkulturelle Öffnung ist für sie ein Schlüsselbegriff.

Resümee

Insgesamt wurde durch die Impulse, nicht zuletzt auch durch die anschließende Diskussion deutlich, dass die Rolle von Migrantenselbstorganisationen in Deutschland für viele Menschen mit Migrationsbiografie zentral bleibt, um sich gesellschaftlich und politisch engagieren zu können. In diesen Organisationen finden sie nicht nur einen Ort sozialer Zusammenkunft, sondern auch die Möglichkeit, eigene Interessen zu formulieren und durch eine Organisation zu bündeln, eine Leistung, die außerhalb dieser Strukturen ungleich schwieriger erscheint.

Nichtsdestotrotz wird in der Diskussion auch deutlich, dass der Wunsch nach Teilhabe zwar vorhanden ist, in der Realität aber oftmals nicht auf ausreichend Resonanz stößt. Grund dafür sind verschiedene institutionelle Mechanismen oder pfadabhängige Rahmenbedingungen, die Teilhabe für Menschen mit Migrationsbiographie immer noch erschweren. Aus diesem Grund sind sich Impulsgebende und Teilnehmende der zwölften Denkwerkstatt einig: Die Stimme von Menschen mit Migrationsbiographie ist in Deutschland noch zu wenig präsent.

Migranteninnen und Migranten sind keine homogene Gruppe, die sich daher politisch auch nicht einheitlich vertreten lassen. Vielmehr müssen Schwellen der Partizipation gesenkt und mehr Menschen zum Engagement gebracht werden. Interkultureller Austausch und gegenseitiges Verständnis und Anerkennung können Wege sein, künftige Chancen der Partizipation für alle zu generieren. Deutschland bleibt ein buntes Land mit einer Migrationsgesellschaft – das soll und kann sich auch in der politischen Interessenvertretung widerspiegeln.